Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1584. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 197. **Mittwoch, 25. August 1926, abends.** **79. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getrennt gesetzter und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 89. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Vor der Regierungserklärung über die Außenpolitik.

BPD. Den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses ist jetzt die Einladung zur Teilnahme an der Sitzung für den 26. August zugegangen. Noch einmal hat sich der Ausschußvorsitzende Dr. Hergt mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt, um zu hören, ob die gegenwärtige Situation schon so geklärt sei, daß der Außenminister über die Verhandlungen mit den Völkerbundmächten und sonstige damit im Zusammenhang stehende Fragen erörtern könne. Dr. Stresemann hat die Frage bejaht und sich bereiterklärt, noch vor der Tagung der Studienkommission Aufschluß über die außenpolitische Lage zu geben.

Ganz klar und eindeutig war das Bild, das der Völkerbund in seinem Verhältnis zu Deutschland in der allerletzten Zeit gab, nicht. Optimismus und Pessimismus wechselten in steter Reihenfolge einander ab und trugen ein beunruhigendes Moment in die Arbeiten der Reichsregierung hinein. Erst zu Beginn dieser Woche hat es sich entschieden, daß sich die Wagschale zu gunsten Deutschlands neigen konnte, indem die Reichsregierung durch ihre Vertreter einwandfrei hat feststellen können, daß die beiden Weststaaten Frankreich und England sich für die alleinige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundsrat ausgesprochen haben. Damit sind die Hauptschwierigkeiten für Deutschlands Aufnahme beseitigt worden. Der Konfliktstoff allerdings bleibt weiter bestehen; die Ansprüche Spaniens und Polens sind nicht zurückgezogen worden, und alle offiziellen Verlautbarungen beider Staaten schließen einen nachträglichen Rückzug aus.

Als letzter Punkt auf der Tagesordnung der Völkerbundsversammlung steht die Behandlung des Berichtes der Studienkommission. Die Völkerbundstaaten beabsichtigen infolgedessen, Deutschland an den kommenden, schwierigen Auseinandersetzungen über die künftige Gestaltung der Ratszusammensetzung und den Wahlmodus teilnehmen zu lassen. Die deutsche Regierung wird ihre Vertreter infolgedessen nicht unvorbereitet nach Genf entsenden dürfen. Im Auswärtigen Amt werden vor der Abreise der deutschen Delegation alle Probleme, mit denen sich die Studienkommission beschäftigte, noch einmal grundlegend durchgeackert werden müssen, um in Genf in der Lage zu sein, den Vorschlägen der anderen Staaten eigene entgegenzusetzen, falls sonst die deutsche Stellung innerhalb des Bundes gefährdet sein sollte.

Auch über die anderen Punkte der Tagesordnung muß Klarheit geschaffen werden. Bisher ist beabsichtigt, Deutschland am 8. September in die Organisation aufzunehmen. Ueber eine Woche werden die deutschen Vertreter dann noch an der Sitzung teilzunehmen haben. Es wird ihnen hier zum ersten Male Gelegenheit gegeben werden, sich praktisch an der Genfer Politik zu beteiligen.

Im Hinblick auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Tagung widmet man in den politischen Parteien der deutschen Vertretung das größte Interesse. Es steht außer Zweifel, daß im Auswärtigen Ausschuß auch über diese Frage verhandelt werden wird, wenn sich aus dem Bericht des Reichsaußenministers ergibt, daß die Teilnahme Deutschlands an der Genfer Tagung feststeht. Der alte Gedanke, auch Parlamentarier zu delegieren, wird wieder in den Vordergrund geschoben werden. In der letzten Kabinettssitzung haben sich die Minister schon mit der Möglichkeit der Beteiligung einiger Parteivertreter an der Tagung beschäftigt, ohne daß man jedoch zu einem Entschluß gelangte. Die Bedeutung der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wird aber darin liegen, ob es gelingt, in allen Fragen für die bevorstehende Durchführung der deutschen Außenpolitik die große Einheitsfront der deutschen Parteien herzustellen, durch die die Reichsregierung in die Lage versetzt wird, mit größter Sicherheit und ganzem Vertrauen in die Genfer Arbeit zu steigen.

Deutschland und der Völkerbund.

vdz. **Berlin.** Die deutsche Delegation wird sich, wie wir hören, nicht sofort beim Zusammentritt der Völkerbundsversammlung nach Genf begeben, sondern erst dann, wenn die Lage so weit geklärt ist, daß Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund sich glatt vollziehen kann, d. h. wenn die Frage des deutschen Ratssitzes positiv gelöst ist. Im Frühjahr ist die Aufnahme Deutschlands bekanntlich deshalb nicht möglich gewesen, weil Brasilien Widerspruch gegen die Zuteilung eines Ratssitzes an Deutschland erhob. Jetzt rechnet man allerdings damit, daß Spanien und Brasilien sich wenigstens der Stimme enthalten, so daß der Eintritt Deutschlands in die Versammlung sehr schnell erfolgen könnte. Die Frage sonstiger Veränderungen im Völkerbundsrat bildet dagegen erst Punkt 21 der Tagesordnung, auf ihre Erledigung kann also nicht gewartet werden. Deutschland wird vielmehr an der Beratung dieses Gegenstandes schon als vollberechtigter Versammlungsteilnehmer mitwirken, aber überhaupt nicht.

Warnes über die Entdeutschungspolitik.

Das verzerrte Antlitz Europas.

* **München,** 24. Aug. Professor Warnes, der nach seiner Vortragsreise durch Deutschland eine Studienreise nach Südtirol unternahm, teilte einem Mitarbeiter der „Münchner Neuesten Nachrichten" seine dort gewonnenen Eindrücke mit. Er führte u. a. aus: Die durch die Weltpresse gehenden Berichte über die Unterdrückung deutschen Volkstums durch Italien in Südtirol fand ich während meines kurzen Aufenthaltes in diesem Lande nicht nur bestätigt, sondern was ich sah und hörte hat sogar meine schlimmsten Erwartungen übertroffen. In Kirche, Schule und Verwaltung führt man einen einheitlichen und sehr wirksamen Feldzug gegen die deutsche Sprache. Von Selbstverwaltung oder auch nur Kulturautonomie kann keine Rede sein. Ein anderes Mittel aber, das Italien jetzt ganz raffiniert zur Anwendung bringt, scheint vielmehr dazu berufen, die italienischen Entnationalisierungsbestrebungen zum Ziele zu führen. Es ist

die Enteignung großen Stils,

die Italien mit seiner Landbankpolitik in Südtirol eingeleitet hat. Die Landbanken waren den Bauern und den Weinerzeugern bisher das wirtschaftliche Rückgrat ihrer Produktion. Man hat nun die Banken unter ein italienisches Aufsichtskommissariat gestellt, das über Kreditbeschaffung und Kreditgewährung und damit über das Wohl und Wehe der armen Landbevölkerung frei verfügen kann. Von hier bis zur Enteignung ist nur ein kleiner Schritt. Jedenfalls sieht man in Südtiroler Wirtschaftskreisen hierin eine eminente Gefahr gewaltsamer Entnationalisierung des Ländchens und das um so mehr, als von Rom aus für großzügigen Menschennachschub gesorgt wird.

Ueber die Beurteilung der Südtiroler Frage vom Standpunkte der Versailler „Friedenspolitik" gibt es im amerikanischen Volke und in Regierungskreisen nur noch eine Meinung: Nicht Italien allein trägt die Schuld. Alle Alliierten haben die Verantwortung, wenn sie mit dieser Volksentpflichtung einen ihrer heiligsten Grundsätze, das Recht auf Selbstbestimmung, mit Füßen treten. Wenn jetzt Europas Staaten im allgemeinen Erschöpfungszustande versuchen, durch Wirtschaftssolidarität die Klüfte zu überbrücken, die eine unheilvolle Friedenspolitik errichtet hat, so scheint mir das ein vergebliches Bemühen, solange Europas Kette dieses verzerrte Antlitz trägt. Italien und Deutschland haben heute die gleichen politischen Interessen. Sie ergänzen sich nicht nur in ihrem Warenaustausch, sondern als überbevölkerte Länder sind sie auch auf großzügige Uebersee- und Kolonialpolitik angewiesen. Beiden stellt sich Frankreich hindernd in den Weg. Es ist kaum zu begreifen, daß eine so unbedeutende Frage, wie die Südtiroler, den trennenden Gärstoff liefern kann, wo so große Lebensnotwendigkeiten Italien und Deutschland auf eine gemeinsame politische Linie stellen. Sie wird es aber tun, solange Mussolinis Prestigepolitik diese gefährlichen Wege wandelt.

Die neue Reichswasserstraßen-Verwaltung.

vdz. **Berlin.** Die Reichsregierung hat nunmehr den Ländern und dem Reichswasserstraßenbeirat den Entwurf eines Gesetzes wegen der Uebernahme der mittleren und unteren Behörden der Wasserstraßenverwaltung durch das Reich zur Stellungnahme zugehen lassen. Nach dem Abschluß dieser Verhandlungen wird der Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften, zunächst also dem Reichsrat, dann dem Reichstag zur Beschlußfassung zugehen. Es soll nicht etwa, wie vielfach in der Oeffentlichkeit befürchtet wurde, eine ganz neue Reichsverwaltung eingerichtet werden. Das Gesetz bestimmt lediglich, daß die bisher den Ländern unterstehenden Strombauverwaltungen künftig Reichsbehörden werden. Die Reichsverfassung vom 11. August 1919 hat diese reichseigene Verwaltung bereits vorgesehen. Seit dem 1. April 1921 trägt das Reich auch die volle finanzielle Last des Wasserstraßenausbaues und ihrer Unterhaltung. Seit diesem Termin besteht deshalb auch ein Staatsvertrag, der nur provisorisch die Unterstellung der mittleren und unteren Behörden unter die Landesregierungen aufrecht erhielt. Jetzt hält man aber den Zeitpunkt für gekommen, um auch diese Behörden zu Reichsbehörden zu machen. Die Selbstverwaltungs-Körperschaften bleiben natürlich bestehen. Es ist auch nicht beabsichtigt, mit den Traditionen der Landesverwaltung, namentlich der preußischen Wasserbauverwaltung zu brechen. Die Vereinheitlichung soll auch wesentliche Ersparnisse herbeiführen. Statt der bisherigen 166 Ortsbehörden sollen z. B. nur 122 bestehen bleiben. Die Ersparnisse auf personellem und sachlichem Gebiet werden auf jährlich zwei Millionen Mark berechnet. Die Notwendigkeit der Vereinheitlichung wird übrigens nicht nur von den Schiffahrtskreisen anerkannt. Es hat sich z. B. gezeigt, daß die Zersplitterung der Behörden den Bau des Mittellandkanals fast unmöglich gemacht hat. Auch die Durchführung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms durch Kanalbauten glaubt die Reichsregierung nur dann sichern zu können, wenn ihr eigene Mittel- und Unterbehörden zur Verfügung stehen.

Enquete-Ausschuß.

vdz. **Berlin.** In der gestrigen Sitzung des Unterausschusses für Arbeitsleistung des Enquete-Ausschusses erklärte der wissenschaftliche Sekretär des Ausschusses Dr. Lipmann, daß nach einer vom Ausschuß vorgenommenen Neuen-Erhebung in den Nädersdorfer Kalkwerken sich ergebe, daß verminderte Leistungen im Dezember 1924 eine Folge der Verlängerung der Arbeitszeit waren. Sie wurden ausgeglichen durch Einführung des reinen Gedingesystems und Verjüngung der Belegschaft, auch die Einführung des Prämiensystems habe die Leistungen gesteigert.

Der Ausschuß nahm dann einen kurzen Vortrag des Sekretärs des 3. Unterausschusses Dr. Neu entgegen über die Auswahl der von diesem Ausschuß zu untersuchenden Industrien, wozu besonders Kohlen- und Eisenindustrie und Baustoffindustrie gehören.

Eine längere Aussprache entspann sich darüber, ob bei der Besichtigung der Betriebe auch die Betriebsräte zu hören seien. Es wurde schließlich einstimmig gutgeheißen, daß in den Fragebogen, die den einzelnen Betrieben zugehen, die Betriebsräte gefragt werden sollen, ob sie eine mündliche Vorbesprechung mit den Mitgliedern des Enquete-Ausschusses wünschen.

Die Eisenbahner fordern Aenderung der Reichsbahngesetze.

Weitgehendes Aufsichtsrecht der Reichsregierung verlangt.

* **Berlin.** Vom 20. bis 22. August hat in Düsseldorf eine Vorstands- und Beiratstagung des Einheitsverbands der Eisenbahner Deutschlands stattgefunden, die sich mit zahlreichen aktuellen Eisenbahnfragen beschäftigte. Einer der wichtigsten Beschlüsse, die dabei gefaßt wurden, ist die Forderung auf Abänderung der Reichsbahngesetze. Diesem Beschluß zufolge verlangt der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, daß der deutschen Reichsregierung auf die Leitung und Verwaltung der deutschen Reichsbahnen als wichtigsten öffentlich rechtlichen Betriebe und wertvollstem Besitz der deutschen Republik ein weitgehendes Aufsichtsrecht einzuräumen sei. In der Begründung dieses Beschlusses heißt es, daß in der fast zweijährigen Wirksamkeit der Deutschen Reichsbahngesellschaft in immer steigendem Maße Schwierigkeiten sowohl auf staatspolitischem Gebiete, wie auch hinsichtlich der rechtlichen und sozialen Stellung des Personals aufgetreten, sowie daß Konflikte aller Art zur täglichen Erscheinung geworden seien. Die willkürliche Auslegung der Reichsbahngesetze durch die Reichsbahngesellschaft besonders in Bezug auf die ausdrücklich festgelegte Wahrung der erworbenen Rechte des Personals entspräche in keiner Weise den bei Verabschiedung der Reichsbahngesetze gegebenen Zusicherungen. Der Verwaltungsrat versuche, den Reichsbahnbetrieb immer mehr von der deutschen Gesetzgebung loszulösen und als Staat im Staate eine schrankenlose Autokratie zu errichten. Regierung und Reichstag würden von der Reichsbahngesellschaft gehindert, eine im Reichsinteresse liegende notwendige Einwirkung auf die Geschäftsführung der Reichsbahn auszuüben.

Die neue Regierung in Griechenland.

Athen. (Funkspruch.) Die Verhandlungen, die unter Vorsitz des Admirals Konduriotis General Kondylis mit den Parteiführern führte, sind kurz vor Mitternacht abgeschlossen worden. Die Bildung eines Koalitionskabinetts ist grundsätzlich beschlossen worden. Die Frage der Verteilung der Ministersitze und des Vorsitzes in der neuen Regierung soll heute entschieden werden. Auch die Frage der Befugnisse des Präsidenten der Republik soll bereits grundsätzlich geregelt worden sein.

Kirchliche Konferenzen in Bern.

X **Bern.** An den in dieser Woche in Bern stattfindenden kirchlichen Konferenzen nehmen Vertreter aus 21 Ländern teil, und zwar aus Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Holland, Indien, Japan, Norwegen, Oesterreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn, aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika und aus Jugoslawien. Unter den Delegierten sind u. a. zu erwähnen Erzbischof Dr. Soederblom-Upsala, DDr. Kapler (Berlin), Prof. B. Monod (Frankreich), der Lordbischof von Winchester (England), der Erzbischof von Dublin, der Lordbischof von Lichfield (England), der ökumenische Patriarch Erzbischof Germanos, Erzbischof Balan, Patriarch von Rumänien, Erzbischof Stephan, Metropolit von Sofia und Metropolit Dionysius aus Warschau.

Nachdem am Sonntag die Konferenzen durch eine Vorfeier im Münster eröffnet worden sind, traten am Montag verschiedene Ausschüsse zusammen, so der Unterausschuß für die Stellung zu den geschichtlichen Lehrbüchern unter dem Vorsitz des früheren Polarforschers Nordenskjöld (Schweden) und der Ausschuß für die Gründung eines sozialwissenschaftlichen Instituts unter dem Vorsitz von Prof. Titius (Berlin).

Die Lage in Syrien.

X **Paris.** Wie Havas aus Beirut meldet, haben reguläre syrische Truppen am 5. August Sahrat Chasna und die Ortschaft Kameschwije südwestlich von Nesibim besetzt. Die französischen Offiziere hätten mit den türkischen Grenzbehörden die Frage der Unterbringung und Verproviantierung der neuen Besatzungen geregelt. General Bielette habe sich nach Nesibim begeben. Die französische diplomatische Aktion bei den Kurden werde täglich stärker.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwalbe Riesa a. Elbe. Fernruf 48.